Nummer 236 Halle, Donnerstag, den 8. Oktober 1925 60. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

# Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 1.60 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 40 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark. für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besonderer Ermäßigung. Verlagshaus, Neue Promenade 1a u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Saalesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

## Neues in Kürze.

**Drahtmeldungen und Radiotelegramme.**

**Der neue französische Generalresident von Marokko,**

Justizminister Steeg, der zum Nachfolger des kürzlich zurückgetretenen Marschalls Lyautey ernannt wurde.

*

Die Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei fordert in einer Entschließung das Staatsministerium auf, in kürzester Frist Erhebungen darüber anzustellen, wie die Warenpreisbildung der lebenswichtigsten Verbrauchsartikel sich entwickelt hat. Die Ergebnisse der Erhebungen sollen in einer Gegenüberstellung von 1913 zu 1925 in anschaulicher, dem Laien verständlicher Weise, amtlich veröffentlicht werden. — Es ist wirklich wünschenswert, daß die ganze Frage endlich gründlich — und — sachlich geklärt wird.

*

Die deutsche Reichsbahnaktiengesellschaft hat den Gütertarif für eine Reihe von Lebensmitteln um 10 Prozent herabgesetzt. Es wurde in der Oeffentlichkeit beanstandet, daß diese Ermäßigung nicht auch für Fleisch, Fleischerwaren usw. in Betracht käme. Wie wir hören, schweben gegenwärtig darüber Verhandlungen zwischen der Generaldirektion der deutschen Reichsbahn A.-G. und den in Betracht kommenden Erzeuger- und Konsumentenkreisen.

*

Die Stadtgemeinde Berlin hat die Lohnforderungen der städtischen Arbeiter abgelehnt. Die in der Textilindustrie und in der Metallindustrie erhobenen Forderungen sind von den Arbeitgebern zurückgewiesen worden. Auf den Berliner Montagsmärkten notierten die Preise der Lebensmittel ungefähr auf den Stand des letzten Samstags und damit um etwa 8 Proz. im Durchschnitt höher als am 1. September.

*

Die vereinzelten Teuerungskundgebungen in den Berliner Markthallen stehen im Zusammenhang mit einer Massenprotestvorbereitung der Berliner Betriebsräte gegen die Teuerung. Der „Roten Fahne" zufolge sind behufs Teilnahme an diesen Kundgebungen auch Verhandlungen mit den sozialistischen Gewerkschaften aufgenommen worden. — In Berlin hat die Polizei bis Dienstag fünf Geschäfte geschlossen und gegen 112 Geschäftsinhaber das Strafverfahren einleiten lassen.

*

Wie wir zuverlässig erfahren, sind die Reichseinnahmen auch für September um etwa 6 Prozent hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Die rückläufige Entwicklung der Reichsfinanzen setzt sich damit fort.

**Außer dem Rückgang der Reichseinnahmen für den Monat September ist, wie wir zuverlässig erfahren, auch ein weiterer Rückgang der deutschen Ausfuhr im September leider festzustellen.**

*

Havas meldet den pünktlichen Eingang der deutschen Lawe-Zahlungen für den Monat September durch den Generalagenten Gilbert Parker.

*

Berlin erwartet den Besuch des Staatssekretärs der Negerrepublik Liberia, Barcay, der bereits in Bremen eingetroffen und von den diplomatischen Vertretern Liberias empfangen worden ist. Barcay ist Neger wie alle Liberianer.

*

Der frühere Schriftleiter der kommunistischen „Süddeutschen Arbeiterzeitung", Oskar Cuck, wurde vom Schwurgericht Stuttgart wegen Gotteslästerung, Verbreitung unzüchtiger Schriften und Beleidigung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

*

In Brüssel trat der dritte Internationale Luftfahrtkongreß zusammen. 22 Länder sind dabei vertreten.

## 100 Millionenkredit an Sowjetrußland

Wie der russische Finanzkommissar Sokolnikoff einem Vertreter der Sowjettelegraphenagentur mitteilte, ist zwischen der Staatsbank der Sowjetunion und einer Gruppe deutscher Großbanken ein Kreditabkommen in Höhe von 75 Mill. Goldmark zustande gekommen.

Dieser Bankkredit soll zusammen mit einem Handelskredit eine Wareneinfuhr aus Deutschland in Höhe von 100 Mill. M. ermöglichen. Der deutsche Kredit wird, wie Sokolnikoff erklärte, eine sofortige Erweiterung der Einfuhr von Maschinen und Gebrauchsgegenständen ermöglichen, und zwar noch ehe Rußland aus seinen eigenen Exporten Auslandsvaluta erhält.

Der deutsche Kredit soll den Auftakt zu einer Reihe großangelegter langfristiger Kreditabkommen der Staatsbank bilden. Wie Sokolnikoff mitteilte, beläuft sich der Budgetvoranschlag der Sowjetunion für das Finanzjahr 1925/26 auf 3 Milliarden 550 Millionen Goldrubel und ist somit um 40 Proz. höher als im Vorjahre.

Der Finanzkommissar hofft, daß die Pause in den französisch-russischen Vorbesprechungen über die Schuldenfrage nicht allzulange dauern und durch das Zustandekommen eines französisch-amerikanischen und französisch-englischen Schuldenabkommens verkürzt werden wird. Die Bemühungen Rußlands um eine wirkliche Verständigung seien auf Widerstände gestoßen, deren Ursachen in den üblichen Schwankungen der französischen Politik zu suchen seien. Rußland zeige volle Bereitschaft, alle Zugeständnisse zu machen, die mit den Interessen des Volkes vereinbar seien.

Der Direktor der Russischen Staatsbank Tumanoff erklärte einem Vertreter der Sowjettelegraphenagentur, die Meldungen einiger deutscher Zeitungen über Beziehungen des Reichsfinanzministeriums zum Kreditabkommen beruhten auf Irrtum. Die Staatsbank habe mit dem Reichsfinanzministerium keinerlei Verhandlungen gepflogen.

Gleichzeitig verwies Tumanoff auf einen gewissen Zusammenhang zwischen dem Kreditabkommen und den deutschen Reparationsleistungen: Da die Staatsbank die Kredite in Dollar zurückerstattet, werde die deutsche Staatskasse in diesem Umfang der Notwendigkeit überhoben, Mark gegen Dollar zu verkaufen, was günstig auf den deutschen Geldmarkt zurückwirken werde. Außerdem erweitere das Abkommen die deutschen Ausfuhrmöglichkeiten. Die negative Seite des Abkommens bestehe in seiner Kurzfristigkeit, die allzu rasche Einkäufe voraussetze.

*

Von deutscher Seite wird der Abschluß des Kreditabkommens bestätigt. Für die Beurteilung ist wesentlich, daß es auf deutscher Seite ein reines Privatabkommen der Banken ohne Mitwirkung des Reiches ist. Ferner, daß erst durch solche Privatabkommen eine Steigerung unseres Handels mit Rußland gesichert werden kann. Denn da in Rußland bekanntlich der Außenhandel Staatsmonopol ist, nützt uns ein Handelsvertrag mit Rußland zunächst nicht das geringste: der russische Staat in seiner Eigenschaft als Außenhandelsmonopolinhaber braucht uns einfach nichts zu verkaufen oder abzukaufen, dann ist der deutsch-russische Handel trotz des schönsten Handelsvertrages lahmgelegt. Zu dem Handelsvertrag muß also noch die Bereitwilligkeit Rußlands hinzukommen, auch wirklich auf der Grundlage dieses Handelsvertrages mit uns Geschäfte abzuschließen. Und diese Bereitwilligkeit läßt es sich durch Kredite abkaufen. Dabei bietet der — infolge der guten diesjährigen Getreideernte — augenblicklich günstige Stand der russischen Außenhandelsbilanz die Sicherheit dafür, daß Rußland die 100 Mill. Mark auch zurückzahlen kann.

Ob weitere Kredite folgen, hängt insbesondere von zufriedenstellender Abwicklung des jetzigen Kredits und von der Geldflüssigkeit der deutschen Großbanken ab. Günstig für uns ist, daß unser Hauptkonkurrent in Rußland, nämlich England, z. Z. zu Krediten an Rußland sehr wenig geneigt ist, und daß Frankreich eine zu „schwankende Politik" gegenüber Rußland treibt.

Nach Mitteilung der seit sechs Monaten bestehenden Handelsvertretung der Sowjetunion in Paris betragen die russischen Bestellungen in Frankreich bisher [illegible] Mill. Frank und die russische Ausfuhr nach Frankreich 31 Mill. Goldrubel. — Also sehr geringfügige Beträge.

*

Der Pariser „Matin" erörtert den 100 Millionen Kredit der deutschen Industrie an Rußland und kommt zu dem Schlußergebnis, daß sich der Reparationsagent hiermit eingehend zu befassen haben wird, ob dieser Kredit nicht die Zahlungsfähigkeit Deutschlands hinsichtlich der Reparationszahlungen gefährde. — Daß dieser Kredit lediglich ein Warenkredit ist zur Ermöglichung deutscher Ausfuhr in Höhe von 100 Millionen Mark nach Rußland, und daß wir Reparationen nur bezahlen können, wenn wir entsprechenden Ausfuhrüberschuß haben, ist den Franzosen in ihrer Verbohrtheit völlig gleichgültig.

## Die neue Zwangswirtschaft

Unserm Grundsatz getreu, jede Einseitigkeit nach Möglichkeit zu vermeiden, geben wir den nachstehenden Ausführungen Raum, ohne damit zu den Einzelfragen wirtschaftlicher Art Stellung zu nehmen. Die Schriftleitung.

Die neue? Eigentlich muß man sagen, daß die alte nie aufgehört hat. Wir haben keinen freien Markt für das Wohnen; — was ungefähr den 7. Teil des menschlichen Bedarfs ausmacht. Wir haben infolgedessen auch keinen freien Baumarkt; — sondern wir haben auf diesem großen und wichtigen Gebiet Zwangswirtschaft im mißverstandenen Interesse der Konsumenten, wodurch das Wohnen in Deutschland immer teurer, immer schlechter, unhygienischer, unsittlicher wird.

Wir haben außerdem keinen freien Markt für die wichtigen Waren Kohle und Eisen, welche die Grundlage der industriellen Produktion ausmachen. Hier haben wir durch Kartelle und Syndikate eine Planwirtschaft im mißverstandenen Interesse der Produzenten und ihrer Arbeiter, wodurch die deutsche Industrie an der notwendigen Anpassung an den Zwang ihrer Lage verhindert wird.

Wir haben außerdem keinen freien Arbeitsmarkt; — und dieses Feld macht den allergrößten Teil der Volkswirtschaft überhaupt aus. Hier wird im mißverstandenen Interesse der Lohn- und Gehaltsempfänger der Markt vergewaltigt. Die Folge ist, daß der Reallohn andauernd sinkt, während der Nominallohn scheinbar steigt. Man nennt das heute „Teuerung"; — man wird denselben Vorgang später „Geldentwertung" nennen. Dieselbe Erscheinung und denselben Wechsel der Benennung haben wir in den Jahren 1917 bis 1923 schon einmal durchgemacht, — aber offenbar ohne das Nötige daraus zu lernen.

Wir haben außerdem keinen freien Kapitalmarkt; — sondern haben seit vielen Jahren eine öffentliche Bewirtschaftung der Kreditversorgung. Erst zog diese öffentliche Bewirtschaftung ihr Material aus der Gelddruckmaschine (bis 1923); — dann aus der Rentenbankhypothek; — und jetzt werden die auszuteilenden Kapitalien durch die Steuerschraube aus der Wirtschaft herausgepreßt, um dann gegen hohen Zinssatz der Wirtschaft wieder zugeführt zu werden, natürlich unter „Rationierung". Dies erzeugt wie jede öffentliche Bewirtschaftung das Gegenteil von dem, was sie will, — nämlich Mangel an der betreffenden Ware. Ob das Kartoffeln sind oder Kreditkapital, — der Ausgang ist derselbe: Mangel und Teuerung. Der freie Markt wird zerstört.

Vor dem Kriege trat der Staat nur als Kreditnehmer an den freien Kapitalmarkt heran und empfing Anleihe. Jetzt preßt er der Wirtschaft den letzten Tropfen aus und erscheint mit dem, was er genommen hat, am Markt seinerseits als Kreditgeber. Jetzt erfüllt die Regierung die Banken, — also die Stellen, die die öffentlicher Gelder weiter geben, — einige geringe Zinsermäßigungen vorzunehmen und die Kreditspanne, von der die Banken leben, zu vermindern, dabei ist ihr offenbar nicht gegenwärtig, daß der Preis des Kapitalkredites, nämlich der Zins, in solchen Zeiten nicht vom Kreditgeber, sondern vom Kreditnehmer gemacht wird. Die Folge der öffentlichen Preisfestsetzung ist auch hier — der Wucher im Geheimen. Wir werden wenig Erfreuliches erfahren. Was die Reichsregierung tun sollte, wäre, darüber nachzudenken, was geschehen kann, um den zerstörten freien Kapitalmarkt wieder herzustellen, wozu sie sich freilich entschließen müßte, dem wirtschaftenden Volke nicht den letzten Tropfen auszupressen.

Also: Zwangswirtschaft des Wohnwesens, — Planwirtschaft auf dem Arbeitsmarkt, auf dem Kohle- und Eisenmarkte, — öffentliche Bewirtschaftung des Kreditbedarfes der Nation, — große wichtige Felder der Volkswirtschaft nach halbsozialistischen Grundsätzen bewirtschaftet wie in Rußland.

Nur gerade der Nahrungsmittelmarkt war seit einigen Jahren in Freiheit, weil hier die öffentliche Bewirtschaftung sich am ärgsten blamiert hatte, und weil die Produktion von etwa 3 Millionen bäuerlicher Betriebe sich am wenigsten einer Planwirtschaft unterwerfen läßt.

Nun aber sind wir auf dem besten Wege der Wiedereinführung der Zwangswirtschaft auch auf diesem wichtigen Gebiete, welches die Hälfte des gesamten Volksbedarfs ausmacht. Ob man „Preisspannen" festsetzt oder ob man „Preise" festsetzt, ist dasselbe. Ob man „Höchstpreise" sagt oder „Angemessenheitspreise" ist auch dasselbe. Die Folge wird nichts anderes sein, als zunächst eine Verschlechterung, später eine Verteuerung der Versorgung in den Städten. Für die unglückliche deutsche Stadtbevölkerung werden neue Ruten gebunden. Wenn diejenigen, welche das nützliche und unentbehrliche Gewerbe des Kleinhandels ausüben, erst wieder vor Strafverfahren gestellt werden, Untersagung des Handels und Schließung der Läden zu gewärtigen haben, so kann nichts anderes als Verteuerung und Verschlechterung die

## Polnische Anleihewünsche.

Der polnische Regierungsentwurf über den Geldverkehr sieht eine Ermächtigung der Regierung vor, nach welcher die Regierung eine Auslandsanleihe in Höhe von 500 Millionen Zloty aufnehmen kann. Außerdem soll der Finanzminister ermächtigt werden, einen ausländischen kurzfristigen Kredit in Höhe von 200 Millionen Zloty aufzunehmen. Beide Anleihen können in Gold oder in vollwertiger Valuta aufgenommen werden.

Mit der Ermächtigung ist es nicht getan, sie beweisen nur die polnische Geldnot. Sondern die Anleihen müssen auch wirklich zustande kommen. Und da sieht es recht windig aus, denn Polens Finanzlage ist für Geldgeber wirklich nicht verlockend.

## Opferfreudigkeit des Rheinlandes.

**Die Volkspartei der Rheinprovinz an Dr. Stresemann.**

Die Deutsche Volkspartei der Rheinprovinz hat an den Minister des Aeußern, Dr. Stresemann, nachfolgende Entschließung gesandt:

Die Deutsche Volkspartei der Rheinprovinz (Arbeitsgemeinschaft der vier rheinischen Wahlkreise) spricht Ihnen im Anschluß an eine politische Aussprache am 30. September in Düsseldorf ihr vollstes Vertrauen aus und hofft, daß es Ihnen gelingen möge, wie bisher die Außenpolitik des Deutschen Reiches erfolgreich weiter zu führen.

Das besetzte Gebiet empfindet es bitter, daß entgegen den Versailler Vertragsbestimmungen die nördliche Zone nicht geräumt wurde und daß auf dem besetzten Gebiete nach wie vor die schwere Last der Besetzung liegt mit allen ihren, die Freiheit der Bevölkerung schwer drückenden Einschränkungen.

**So stark aber auch der Wunsch des besetzten Gebietes auf Räumung und Erleichterung ist, wir möchten nicht verfehlen, abermals zu betonen, daß wir keine Erleichterungen für das besetzte Gebiet erstreben, die geeignet wären, die große Linie der Gesamtpolitik zu stören und Bedingungen zu schaffen, die auf die Dauer gefährlicher wären, als die Erleichterungen für das besetzte Gebiet nützlich und erfreulich sind.**

Die Arbeitsgemeinschaft ist der Auffassung, daß allein die Leitung der deutschen Außenpolitik in der Lage ist, hier die Grenzen im Interesse der Gesamtpolitik des Reiches zu finden.

## Peinliche Fragen an Barmat.

Der Preußische Untersuchungsausschuß in Sachen Barmat-Kutisker beschloß gegen die Stimmen der Kommunisten von einer nochmaligen Vernehmung Barmats vor dem Vollausschuß mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand abzusehen. Dagegen soll Barmat noch einmal (zunächst am Dienstag abend in seiner Wohnung) zur Beantwortung folgender von den Kommunisten vorgelegten Fragen vernommen werden:

1. Welche finanziellen Zuwendungen machten Sie der zweiten Internationale und der SPD.? 2. In welcher Weise und in welcher Höhe beteiligten Sie sich an der Finanzierung der Reise führender Mitglieder der zweiten Internationale Kautsky, Mac Donald, Snowden usw. nach Georgien im Jahre 1920? 3. Ist es richtig, daß die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine gegen ihren Willen zu Geschäften mit Ihnen gezwungen wurde und wer übte einen dementsprechenden Druck aus? 4. Trifft es zu, daß die im Hotel Bristol von sozialdemokratischen Führern Heilmann, Müller-Franken, Wels, Richter, Kuttner usw. eingenommenen Mahlzeiten und Getränke von Ihnen oder Ihrem Beauftragten bezahlt wurden? 5. Welche Geschenke und finanziellen Zuwendungen machten Sie Heilmann oder anderen führenden Sozialdemokraten. Die letzte Frage wurde noch dahin erweitert, ob Barmat Geschenke oder finanzielle Zuwendungen an im öffentlichen Leben stehende Persönlichkeiten gegeben habe.

— Mit der neuen Freundschaft der Kommunisten für die Sozialdemokraten sind diese für die Sozialdemokraten höchst peinlichen Fragen schwer zu vereinen.

Wie aus Frankfurt gemeldet wird, verhandelt die Stadt Frankfurt mit dem Neuyorker Bankhaus Speyer & Co. wegen Aufnahme einer Anleihe von etwa 7 bis 10 Millionen Dollar.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19251008018/fragment/page=0001

Folge sein. Wir werden das an der Milch bald zu fühlen haben.

Dazu kommt, daß abermals zu dem übermäßigen Beamtenheer und zu der überflüssigen Regiererei, welche den Hauptgrund für die Lebensteuerung und Steuerbelastung dieses unglücklichen Volkes ausmacht (neben der Daweslast) etwas hinzugetan werden soll durch Vermehrung der Wucherpolizei. Es müßte wunderlich zugehen, wenn durch die Wirksamkeit dieser Behörden der Lebenshaltungsindex in Deutschland nicht nach oben getrieben werden sollte. Wenn einmal vorhanden, wird die Wucherpolizei durch die Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen auf dem falschen Wege immer weiter getrieben.

Die Regierung hat zahlreiche Besprechungen, — z. B. mit den Vertretern der Konsumgenossenschaft, Vertretern des deutschen Städtetages, des Reichsstädtetages und anderer Konsumentenvertretungen, von denen sie sich offenbar Weisheit und Belehrung in der wahren Konsumentenpolitik holen will.

Es soll dabei über die Verwendung öffentlicher Mittel gesprochen werden. Etwa zur Unterbietung der Preisspannen des Zwischenhandels? Wie z. B. in Sachen der Gefrierfleischversorgung? Dann würden wir verhängnisvolle Fortschritte auf dem gefährlichen Wege machen. Es ist natürlich kein Kunststück, einen mit Steuern und Zinsen übermäßig belasteten Zwischenhandel durch Verwendung öffentlicher Mittel niederzukonkurrieren; — aber niemals wird es möglich sein, ihn zu ersetzen. Der letzte Notleidende ist der Konsument in den Städten, wenn er nicht als beamtetes Organ der öffentlichen Verteilung zu den Bevorzugten gehört.

Welches ist denn die Ursache der Teuerung und der übermäßigen Preisspannen? Wenn ein Volk übersteuert ist, wenn es außerdem Tribute nach außen zahlen muß, wenn es endlich unter einem irrsinnig hohen Zinsdruck seufzt (14 bis 20 Prozent), — so ist die notwendige Folge:

Erhöhung der Spannen; Steigerung der Verbraucherpreise auf derselben Seite; Druck auf die Erzeugerpreise und auf die Löhne auf der anderen Seite.

Die niedrigen Getreidepreise, Kartoffelpreise, Viehpreise, stehen hier auf derselben Linie wie das Sinken der Löhne. Der Lohnarbeiter in der Stadt und der Erzeuger auf dem Lande sind hier Schicksalsgenossen. Die Ursachen für beide Erscheinungen sind dieselben, nämlich die obengenannten.

Nun macht die Regierung den schweren politischen Fehler, daß sie dem Volke nicht die wahren Ursachen der wachsenden Preisspannen zeigt, auch nichts tut, was diesen Zustand wirklich bessern könnte, sondern dem Volke suggeriert, daß irgendwo jemand säße, welcher der Schädige ist, weil er wuchert. Zunächst kommt natürlich wieder der Fleischer und Bäcker und Kleinhändler in den Städten daran. Die Reichsregierung fordert sogar die lokalen Behörden auf, denjenigen lokalen Handel zu beaufsichtigen, der seiner Natur nach nicht zentralisiert ist, wie Milch, Obst und Gemüse. Damit beginnt [illegible] die

[illegible] sonst [illegible]

[illegible] Parlamenten die Uebermacht haben, ihren törichten Konsumentenvorurteilen zu folgen und die Zwangswirtschaft auf der ganzen Linie wieder anzukurbeln.

Leider unterlassen es die gesamten Erzeugerstände, dieser gefährlichen Reichspolitik eine geschlossene Front gegenüber zu stellen. Von landwirtschaftlicher Seite wird — ich muß es in meinem Kummer aussprechen — der Fehler gemacht, den städtischen Zwischenhandel als den Schuldigen hinzustellen, ohne Vorahnung, was danach kommt. Man sollte sich vorher die Mühe nehmen, die Größe der Spannen gewissenhaft zu prüfen, ob überhaupt ein Gewinn darin steckt. Es ist nicht schwer vorher zu sagen, daß wir auf diesem Wege sehr bald an einer Station ankommen werden, wo den Landwirten der Vorwurf „Wucherer" von den Handelskreisen zurückgegeben wird.

Das Schlimmste an dem Ganzen sind nicht die materiellen Wirkungen, welche in einer Erhöhung von Teuerung und Mangel bestehen werden, sondern sind die seelischen Wirkungen. Wir haben sie ja schon einmal erfahren; — sie haben uns den Zusammenbruch der nationalen Kraft eingebracht. Die unvermeidliche Folge ist eine maßlose Verhetzung der einzelnen Volksklassen gegeneinander. Statt daß wir gemeinsam uns daran machen, das was unvermeidlich kommt — die gemeinsame Not — zu bestehen, — und ein Volk mit innerem Frieden hat eine gewaltige Kraft in der Ueberwindung materieller Nöten —, schaffen wir den Unfrieden. Es ist wahrscheinlich, daß eine Rechtsregierung, wenn sie auch noch so tüchtige Außenpolitik macht, einen solchen von neuem beginnenden Kampf zwischen Stadt und Land nicht lange aushalten wird.

Ich kann nicht anders, als aus Sorge um diese Geschehnisse eine laute und deutliche Warnung aussprechen. Wenn es sich um eine Rechtsregierung handelt, die solches tut, so ist es erst recht Pflicht, zur rechten Zeit zu warnen. Wenn etwa meine eigne deutschnationale Partei diese Politik deckt, so werde ich es mir nicht nehmen lassen, darauf hinzuweisen, welche Gefahren grade für den Zusammenhalt dieser Partei sich daraus ergeben.

Dr. Georg Wilh. Schiele.

# Der Kampf in Locarno beginnt!

Gestern vormittag 10 Uhr 30 Min. wurde die Besprechung der Juristen fortgesetzt.

Am Nachmittag fand die zweite Vollsitzung statt, an der Minister Stresemann teilnahm, dessen Befinden durchaus zufriedenstellend ist.

Langsam beginnen auch die Polen und die Tschechoslowaken, deren Beteiligung an der Konferenz der Regierungsvertreter bisher lediglich durch ihre Landesflaggen am Justizgebäude angedeutet war, sich in Locarno einzufinden. Der Außenminister Benesch wird Mittwoch erwartet.

Von den Polen ist der Vertreter beim Völkerbund, der Ministerpräsident Morawski, in Locarno anwesend und der Gesandte in Bern v. Modzelewski.

Der Sonderberichterstatter des Pariser „Petit Journal" in Locarno erklärt, es bestätige sich, daß Mussolini in vier oder fünf Tagen nach Locarno kommen werde, um dort einen 24stündigen Aufenthalt zu nehmen.

Der französische Ministerpräsident Painlevé hat gestern in Paris nacheinander den tschechischen Gesandten in Paris, und den italienischen Geschäftsträger empfangen. Es verlautet das er in Kürze ebenfalls nach Locarno fahren werde.

*

Die französische und englische Presse zeigt großen Optimismus. Die Telegramme der Londoner Zeitungen aus Locarno unterstreichen das in den Debatte jede Schärfe und jede Aufrollung von Nebenfragen, die den Ausgang der Konferenz gefährden könnten, vermeidet.

In der gestrigen Nachmittagssitzung sei die Frage der östlichen Verträge und die des Eintrittes Deutschlands in den Völkerbund berührt worden. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" sagt, er höre, daß, wenn die östlichen Verträge in Angriff genommen worden seien, der polnische Außenminister voraussichtlich beantragen werde, daß die Sowjetregierung ebenso wie die auf der Konferenz vertretenen Mächte befragt werden solle.

**Der Pariser Berichterstatter der englischen „Westminster Gazette" meldet: In sehr maßgebenden Kreisen in Frankreich herrsche ein ziemlicher Optimismus bezüglich des Ausganges der Konferenz. Nach seinen Informationen be[illegible]**

**Konferenz erwartet man erst, wenn die Frage des Eintrittes Deutschlands in den Völkerbund zur Erledigung kommt, was frühestens Ende dieser bzw. Anfang kommender Woche vorgesehen ist.**

Aus Pariser Blättern ist bisher nichts zu entnehmen, was uns zu Deutschen Anlaß zu Optimismus gäbe. Frankreich scheint an gleichzeitiger Garantie der deutschen Ostgrenzen festzuhalten — was ja durch die Anwesenheit der polnischen Vertreter bestätigt wird — und scheint irgendwelche Konzessionen bezüglich des Völkerbundes, der Entwaffnung usw. nicht machen zu wollen. Selbst die obige Meldung der englischen „Westminster Gazette" ist bisher durchaus ohne Bestätigung.

## Energischer Vorstoß Stresemanns.

**Der Sonderberichterstatter des Pariser „Matin" will erfahren haben, daß im Laufe der gestrigen Sitzung in Locarno bei Artikel 5 des Paktentwurfes die Debatte über die Garantiefrage eröffnet wurde.**

**Dieser Artikel besagt: Wenn die Schiedsgerichtsverträge zwischen Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei verletzt würden und wenn der Verletzte zu den Waffen griffe, dann sei die Rheinlandzone nicht mehr saftosant und Frankreich habe das gleiche Recht zu handeln wie im Falle eines direkten Angriffes.**

**Außenminister Dr. Stresemann habe den Franzosen erklärt: Die Tatsache des Bestehens euerer Allianzverträge mit Polen fälscht den Sinn des Artikels 5 des Rheinlandpaktes. Ihr macht den Eindruck, als wenn ihr eine zweiseitige Verpflichtung übernehmt, die darin besteht, sowohl Deutschland wie Polen im Falle eines Angriffes beistehen zu wollen. Sagt das euer Artikel? Sein Text ist nicht gegen Deutschland gerichtet, doch wenn man ihn mit dem französisch-polnischen Allianzvertrag vergleicht, ist es sehr klar, daß ihr niemals gegen Polen marschieren wollt, selbst wenn es hundertmal Unrecht hätte, selbst wenn es Deutschland angriffe. Wir kommen deshalb zu dem Schluß, daß ein Schiedsgerichtsvertrag, bei dem von vornherein euere Parteilichkeit in die Erscheinung tritt, zu unserem Schaden ist.**

## Tschitscherin bei Hindenburg.

**Der Herr Reichspräsident empfing gestern den Volkskommissar des Auswärtigen Herrn Tschitscherin, der von dem Botschafter der Sowjetunion Herrn Krestinski begleitet war. — Das ist der ganze, echte Hindenburg: er läßt sich nicht dadurch beirren, daß die Engländer diesen Besuch mit sehr gemischten Gefühlen sehen werden, sondern wahrt unbeirrt von Furcht und Tadel Deutschlands Interessen nach Osten wie nach Westen.**

**Wie wäre es, wenn wir Deutschen unseren Eintritt in den Völkerbund von der gleichzeitigen Aufnahme Rußlands abhängig machten, um „Sicherheit" zu haben, daß die Westmächte uns nicht als Kanonenfutter gegen Rußland brauchen, sondern wirklich Frieden in Europa schaffen wollen? Natürlich müßte Rußland diesen Freundschaftsdienst Deutschlands uns irgendwie bezahlen, denn für nichts ist nichts.**

## Zentrum und Locarno.

Der Vorstand der deutschen Zentrumspartei, der, wie gemeldet, sich gestern unter dem Vorsitz des Reichskanzlers a. D. Dr. Marx in Paderborn versammelt hatte, beschloß, den Reichsparteitag des Zentrums zum 16. und 17. November nach Kassel einzuberufen mit der Tagesordnung: 1. Das Wesen und die Aufgabe der deutschen Zentrumspartei in der deutschen Politik. Referent: Reichskanzler a. D. Dr. Marx. 2. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: Reichskanzler a. D. Fehrenbach.

**Der Vorstand der Zentrumspartei nahm dann noch eine Entschließung an, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Konferenz in Locarno zu einer Vereinbarung führt, die in jeder Beziehung die Ehre Deutschlands wahrt und einen weiteren Schritt auf dem Wege der endgültigen Befriedigung Europas bedeute.**

**Als selbstverständliche Folge eines Sicherheitsabkommens wird insbesondere die unverzügliche Räumung der Kölner Zone, die Festsetzung eines einheitlichen wesentlich verkürzten Termins für die Räumung der übrigen besetzten Gebiete, sowie eine dem Geiste des Abkommens entsprechende gerechte und billige Handhabung des Besatzungsregimes betrachtet.**

*

— Wichtig ist, daß die Zentrumsentschließung keinerlei Vorbehalte bezüglich des Eintritts in den Völkerbund macht und weder die Kriegsschuldfrage, noch den Anschluß Deutsch-Oesterreichs, noch die Saarfrage, noch die Entwaffnungskontrolle, noch die Ostfragen berührt.

**Die Londoner „Daily Mail" meldet aus Tanger: Der Sieg bei Ajdir hat die erwartete Auswirkung nicht gebracht. Alle Flieger von der Front bestätigen die Wiederansammlung der gesprengten Streitkräfte der Rifstahlen. Bei Tetuan sind die gefangenen Rifstahlen durch Ueberrumpelung der spanischen Wachtruppen entkommen. Man rechnet mit schweren neuen Kämpfen.**

*

Wie der radikale „Paris Soir" mitteilt, sollen beim 35. Infanterieregiment in Besort, als etwa 600 Freiwillige nach Syrien abgehen sollten, zwei Hauptleute, Hermann und Brau, sich geweigert hätten, abzurücken. Sie hätten es vorgezogen, ihren Abschied einzureichen. — Ein interessantes Zeichen der Zersetzung in der französischen Armee.

*

Die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen über den Alkoholvertrieb in den Vereinigten Staaten erfordert jährlich mehr als 100 Millionen Dollar. Im vergangenen Jahr wurden in Ausübung ihres Dienstes 46 Zollinspektoren getötet und 100 schwer verletzt.

Odol ist nicht ein einfaches Mundwasser im landläufigen Sinne, Odol ist ein Mundwasser-Extrakt, deshalb genügen auf ein Glas Wasser wenige Tropfen Odol, während Sie von anderen Mundwässern dreibis viermal so viel nehmen müssen. Bedenken Sie also bei Ihrem Einkauf: Odol ist das billigste Mundwasser der Welt. Odol hilft Ihnen Ihr Geld sparen. Und heute muß jeder sparen. Vergessen Sie nicht: Das wirksamste und im Gebrauch billigste Mundwasser ist in der ganzen Welt — Odol.

## Das Rotorflugzeug.

**Die Anwendung des Flettner-Rotors im Flugzeugbau. — 500 Kilometer Stundengeschwindigkeit. — in 12 Stunden nach New York.**

Zurzeit befindet sich der österreichische Ingenieur Gligorin in London, um ein Flugzeug nach dem Flettnerschen Rotorprinzip zu konstruieren. Gligorin will in diesem Flugzeug von Paris nach New York fliegen, und glaubt, diese Strecke in 12 Stunden bewältigen zu können. Die technische Kommission des britischen Luftverkehrsministeriums, der Gligorin seine Pläne vorgelegt hat, wird die Konstruktion der Maschine fördern. Auch die französische Regierung soll sich bereit erklärt haben, Gligorin finanziell zu unterstützen.

Wir sind nun in der Lage die folgenden Einzelheiten der Konstruktion zu veröffentlichen:

Das neue Flugzeug ist dadurch gekennzeichnet, daß zum ersten Male im Flugzeugbau eine rotierende Walze verwendet wird, zwecks Verminderung des Luftwiderstandes, deren Durchmesser größer als die Höhe der Tragfläche ist. Die rotierende Walze gelangt vor den Tragflächen zur Anwendung, nicht innerhalb, noch ober- oder unterhalb derselben. Die Tragfläche ist naturgemäß entsprechend mit konstruktiv geänderter Vorderkante und Oberfläche gebaut. Die Vorderkante der Tragfläche erhält eine dem Radius der rotierenden Walze angepaßten Sektorform und die Oberfläche eine der nach rückwärts eilenden und dadurch auf die Tragfläche mit Druck wirkenden Grenzschicht angepaßte Stromlinienform zu möglichst reibungslosen und dadurch druckfreien Abführung der Luftmassen. Die Abflußkante der Tragfläche ist ebenfalls der Potentialströmung angepaßt und entsprechend abgerundet.

Die Konstruktion besteht in der Auswertung des bekannten Magnus-Effektes für den Flugzeugbau in der Form der Kombination der rotierenden, an beiden Enden mit Endscheiben versehenen Walze, vereint mit einer hierzu konstruierten Tragfläche. Durch die Rotation der Walze von vorn nach hinten wird bei entsprechenden Umdrehungszahl, die nach Prof. Prandtl in Göttingen festgestellte Grenzschicht gebildet, die sich um so mehr mit ihrem Ablösungspunkte nach rückwärts verlegt, als sich die Umfassungsgeschwindigkeit durch die Erhöhung der minutlichen Umdrehungszahl erhöht. Um die für die Erzielung des Magnus-Effektes wichtige Grenzschicht nicht zu erhalten, sondern die Auswertung desselben im Flugzeugbau zu ermöglichen, ist es notwendig, die hierfür geschaffene neue Konstruktion der Tragflächen zu berücksichtigen, die eine Neuerung im Flugzeugbau darstellen. Der Abstand, das ist die Entfernung des Rotors von der Tragfläche muß jederzeit derart sein, daß die, die Grenzschicht abnehmende Kante selbst bei niederster Umdrehungszahl, jeweils innerhalb des Bereiches der Grenzschicht gelegen ist.

Durch die, durch die Rotation der Walze erzielte Saugwirkung wird die am Auslaufe der Tragfläche ankommende Luftmasse unterhalb derselben abgesaugt und so der Luftzirkulationskreis geschlossen. Die physikalische Auswirkung der Kombination der rotierenden Walze mit einer Tragfläche liegt in der, durch die Anordnung der Tragfläche hinter der Walze erzielbare bedeutende Verbesserung des Verhältnisses der Auftriebskraft zu dem Widerstand und damit auch der durch den Propeller erzielbaren wesentlich besseren Vortriebsarbeit. Die bedeutende Verbesserung des Rücktriebwinkels bedeutet die Geschwindigkeitsvergrößerung der bisherigen Durchschnittsgeschwindigkeit auf das Drei- bis Vierfache. Die Kombination der Walze mit der Tragfläche dagegen bedeutet wieder eine bedeutende Erhöhung der zulässigen Flächenbelastung und Stabilität. Dem Bestreben der Ausnutzung der verfügbaren Rotorleistung in Form von Verkehrsleistung, also in der Form des Produktes aus Nutzlast und Geschwindigkeit, dürfte hiermit in weitestem Maße entgegengekommen sein.

Das Flugzeug hat nach Mitteilung des Erfinders folgende Maße:

Die Spannweite beträgt 13,12 Meter, die ganze Länge 8,60 Meter, die ganze Höhe 2,70 Meter. Die Rotoren haben einen Durchmesser von 1,20 Metern und eine Umdrehungszahl von 550 bis 1600 in der Minute. Es ist ein Motor von 550 PS vorgesehen. Die Geschwindigkeit des „Rotorplan" stellt sich auf 425 Kilometer in der Stunde, die Steigfähigkeit auf 1000 Meter in 1,26 Minuten und die Gleitgeschwindigkeit auf 86 Kilometer in der Stunde.

## Tauchapparat für Tiefseeforschung.

Demnächst beginnt eine Expedition, der deutsche, englische, amerikanische und spanische Naturforscher angehören, ihre Arbeiten auf dem Grunde des Mittelmeeres; in den folgenden Jahren sollen die Forschungen auch auf die offenen Ozeane ausgedehnt werden. Man hat dazu einen besonderen Tauchapparat konstruiert, der nach dem Erfinder Dr. Hans Hartmann, einem Deutschamerikaner, als Hartmann-Apparat bezeichnet wird und sichere Gewähr für Tauchmöglichkeiten bis zu 5000 Metern bieten soll. Der Hartmann-Apparat besteht in der Hauptsache aus einem 4—5 Meter hohen Zylinder, der bei Krupp in Essen aus derselben Stahlverbindung hergestellt wurde, die im Kriege für das berühmt gewordene weittragende Geschütz Verwendung fand. Der Apparat hat Raum für zwei Beobachter; drei Behälter enthalten Sauerstoff für 36 Stunden. Diese stählerne Klause wird an einem Stahlkabel vom Expeditionsschiff aus in die Tiefe gelassen. Die Wahrnehmungen erfolgen durch zwei eingebaute Prismenteleskope; außer einer sehr kräftigen Scheinwerferanlage steht den Beobachtern noch eine ganze Reihe technischer Hilfsmittel zur Verfügung. Der Apparat besitzt an den vier Außenseiten vier Propeller, die von innen aus angetrieben werden können und mit deren Hilfe die Fortbewegung auf dem Meeresboden möglich ist.

**Behandlung des Altersstars ohne Operation.** Während früher Versuche, den Star ohne operativen Eingriff zu behandeln, unbefriedigende Ergebnisse gehabt haben, scheint jetzt ein erfolgversprechender Weg gefunden zu sein. Nach einer Veröffentlichung in der Zeitschrift „Fortschritte der Therapie" hat der Augenarzt Prof. Meyer-Steineg in Jena eine Methode zur nichtoperativen Behandlung des Altersstars ausgearbeitet. Sie besteht in Einspritzungen unter die Bindehaut mit einer nach besonderem Verfahren aus Tierlinsen gewonnenen und mit Jodsalzen kombinierten Flüssigkeit. Nach den zehnjährigen Erfahrungen in über 1000 Fällen, über die der Forscher berichtet, ist in etwa 50 Proz. eine Besserung, in etwa 25 Proz. ein Stillstand erzielt worden.

**Halbe Ehrenbürger von Danzig.** Die Körperschaften der Stadtgemeinde Danzig haben einstimmig beschlossen, den in Güttland geborenen Dichter Dr. Max Halbe aus Anlaß seines 60. Geburtstages das Ehrenbürgerrecht der Stadt Danzig zu verleihen. Außerdem haben sowohl der Deutsche Heimatbund Danzig als auch der Westpreußische Geschichtsverein beschlossen, Max Halbe zum Ehrenmitglied zu ernennen.

**Konkurs der Wiener Volksoper.** Da es nicht gelungen ist, die Sanierungsaktion für die Wiener Volksoper durchzuführen, wurde in der Sitzung der Volksoper-Betriebsgemeinschaft beschlossen, beim Handelsgericht den Konkurs anzumelden.

**Der farnesische Becher zertrümmert.** Ein Aufseher des Nationalmuseums in Neapel hat, um sich für eine ihm vom Direktor des Museums auferlegte Strafe zu rächen, den berühmten farnesischen Becher, der aus einem einzigen Stück Onyx geschnitten ist, zerschlagen. Dieser Becher ist eins der kostbarsten Meisterwerke alter Kunst und hat wegen seines Materials nicht seinesgleichen auf der ganzen Welt. Die Direktion hofft, die einzelnen Stücke des Bechers wieder zusammenfügen zu können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19251008018/fragment/page=0002